
Jahresbericht 2018
Rapport annuel 2018

Nr. 9 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 9 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2018 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2018 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Ereignisreiches Vorwahljahr 2018.....	5
1.1.	Liberale Vision.....	5
1.2.	Rücktritt unseres Bundesrates Johann Schneider-Ammann und Wahl von Ständerätin Karin Keller-Sutter in den Bundesrat.....	6
1.3.	Kantonale Wahlen und nationale Abstimmungen.....	7
1.4.	Weitere Themen.....	8
1.5.	Ausblick.....	11
2.	Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteiprääsidentenkonferenzen / Abstimmungen.....	12
2.1.	Delegiertenversammlungen	12
2.1.1.	Delegiertenversammlung vom 13. Januar 2018 in Biel	12
2.1.2.	Delegiertenversammlung vom 24. März 2018 in Zug.....	12
2.1.3.	Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in Airolo	12
2.1.4.	Delegiertenversammlung vom 29. September 2018 in Pratteln	12
2.2.	Parteiprääsidentenkonferenz	13
2.2.1.	Positionspapiere.....	13
2.2.2.	Parolenfassungen	13
2.2.3.	Wahlen.....	13
2.2.4.	Weitere Geschäfte	13
2.3.	Volksabstimmungen.....	14
3.	Das parlamentarische Jahr 2018	16
3.1.	Frühlingsession - Session de printemps 26. Februar bis 16. März 2018.....	16
3.1.1.	Service public – quo vadis?.....	16
3.1.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion	16
4.	Sommersession – Session d’été 28. Mai bis 15. Juni 2018	17
5.	Herbstsession – Session d’automne 10. September bis 28. September 2018.....	18
5.1.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion	19
5.1.1.	Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Effizienzsteigerung beim Bund durch intelligente Prozessautomatisierung in der Verwaltung.....	19
5.1.2.	Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Walter Müller). Welche Tragweite hat die Änderung der Kriegsmaterialverordnung und wie steht es um die Exportbewilligungspraxis der Behörden?.....	19
5.1.3.	Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Portmann). Wie weiter mit dem institutionellen Marktzugangs-Abkommen mit der EU?	20

6.	Wintersession – Session d’hiver 26. November bis 14. Dezember 2018	21
6.1.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion	21
6.1.1.	Pa.IV. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Pflegesparkonto – Finanzierungsinstrument des 21. Jahrhunderts (Link)	21
6.1.2.	Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Mehr qualitativer und quantitativer Wettbewerb im Spitalbereich dank Wahlfreiheit der Patienten (Link)	22
7.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	23
7.1.	Wahl von Karin Keller-Sutter als neue Bundesrätin	23
7.2.	Unternehmerinnen-Nachessen mit Johann Schneider-Amman	23
7.3.	Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen	23
8.	FDP.Die Liberalen Service Public	25
8.1.	Veranstaltungen 2018	25
8.2.	Aus dem Vorstand.....	25
8.3.	Ausblick 2019.....	25
9.	FDP International	26
9.1.	Auslandschweizer	26
9.2.	Vertretung der FDP in internationalen Organisationen.....	26
9.3.	Veranstaltungen und Kommunikation	26
9.4.	Vorstand.....	27
10.	Anhang – Annexe.....	27
10.1.	Anhang A – Annexe A.....	27
10.2.	Anhang B – Annexe B.....	27
10.3.	Anhang C – Annexe C	28
10.4.	Anhang D – Annexe D.....	28

Jahresbericht 2018

1. Ereignisreiches Vorwahljahr 2018

Samuel Lanz, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Das Jahr 2018 war für die Partei von entscheidender Bedeutung. So wurden insbesondere inhaltlich aber auch personell die Voraussetzungen für die Wahlen 2019 geschaffen. Mit der Wiederwahl von Petra Gössi setzt die FDP auf Stabilität im Präsidium. Mit der Wahl von Karin Keller-Sutter in den Bundesrat stellt die Partei nach über 30 Jahren endlich wieder eine Frau in der Exekutive der Schweiz.

Zur Mitte der 50. Legislatur zog die FDP eine positive Bilanz. Doch die diversen Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FDP weiterhin vor grossen Herausforderungen steht. Denn das Erfolgsmodell Schweiz wird durch Populismus, Polarisierung und Abschottung bedroht. Die Fraktion präsentierte anlässlich dieser Ausgangslage an einer Medienkonferenz im Februar ihre Schwerpunkte für die zweite Hälfte der 50. Legislatur: Sie will sich für die Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs einsetzen sowie rasch eine generationengerechte und finanziell nachhaltige Altersreform zur Abstimmung bringen. Weiter setzt sie einen Schwerpunkt zugunsten einer raschen und für den Wirtschaftsstandort Schweiz notwendigen Reform der Unternehmensbesteuerung. Und schliesslich kämpft sie weiterhin für optimale, liberale Rahmenbedingungen in der Schweiz, damit die Chancen der Digitalisierung für Gesellschaft und Wirtschaft genutzt werden können.

Nun gilt es, die Erfolge der FDP weiter zu tragen. Dafür kommen dem Vorstand und insbesondere der Präsidentin grösste Bedeutung zu. An der Delegiertenversammlung vom 24. März in Zug standen der Vorstand und die Präsidentin zur Wiederwahl. Petra Gössi und die Vizepräsidenten Andrea Caroni, Christian Lüscher, Philippe Nantermod, Christian Wasserfallen und Christian Vitta sind motiviert, gemeinsam mit der Fraktionsspitze die Partei ins Wahljahr 2019 zu führen. Sie wurden alle einstimmig für weitere zwei Jahre bestätigt, ebenso wie alle Beisitzer des Vorstands. Mit den Nationalräten Frédéric Borloz (VD) und Thierry Burkart (AG) haben die Delegierten zwei neue Gesichter als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Philippe Miauton, der sich aus dem Vorstand zurückgezogen hatte, dankten sie für sein langjähriges Engagement. Petra Gössi zeigte sich über ihre Wiederwahl durch Standing Ovations gerührt und bekräftigte ihren Willen, die FDP zu einer Bewegung zu formen – und damit die Ziele für die Wahlen 2019 zu erreichen.

Gemäss der Überarbeitung der Statuten der FDP. Die Liberalen vom 24. März 2018 kann der Vorstand neu Ressorts bilden. Der Vorstand erhofft sich durch diese Reorganisation insbesondere eine weniger hohe Kadenz von nötigen Sitzungen. Der Vorstand organisierte sich in folgende Ressorts (Zuteilung der Mitglieder im Anhang B):

- Ressort Parteiführung
- Ressort Abstimmungen und Kampagnen
- Ressort Kommunikation und Social Media
- Ressort Mitglieder und Nachwuchsförderung
- Ressort Internationales

Die Ressorts haben ihre Arbeit mit einem Vorstandsreglement organisiert und 2018 die Arbeiten aufgenommen.

Auch im vergangenen Jahr nahm die Partei keine Spende über der Grenze von 1/15 des Budgets entgegen. Die Einhaltung der Regel wird durch die Revisionsstelle bestätigt. Nur die Parteipräsidentin und der Generalsekretär wissen über die Gönner und die Höhe der finanziellen Unterstützung Bescheid. Mit diesen Regeln wird sichergestellt, dass Fraktion und Partei unabhängig politisieren können. Das Schweizer Modell der Parteienfinanzierung setzt das Engagement der Wirtschaft voraus.

1.1. Liberale Vision

Für die Wahlen 2019 wurden bereits im Sommer 2018 die wichtigsten Vorbereitungen getroffen. So beschloss die Partei, mit einer zukunftsorientierten Vision in Wahlen zu ziehen. An dieser wurde über den Sommer intensiv gearbeitet.

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell – dies ist jedoch nicht selbstverständlich und das Resultat von langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden. Die FDP will dieses Erfolgsmodell sichern und in die Zukunft tragen. In dieser liberalen Vision wird die Schweiz als die Heimat der Menschen beschrieben, die gewillt sind, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen und ihr Schicksal durch Fleiss, Respekt und Engagement selbstbewusst zu gestalten. Diese Heimat zeichnet sich durch Vielfalt aus und ist Basis für unsere Entfaltung als Gesellschaft:

- Sie verbindet Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Denn nur wer starke Wurzeln hat, kann sich ohne Angst der Zukunft stellen.
- Sie ist lokal verankert und erlaubt uns dadurch global zu denken und zu handeln. Denn so können wir auch in Zukunft in einer vernetzten Welt unsere Eigenständigkeit bewahren.
- Sie schafft Identität in unserer gewachsenen Vielfalt. Denn nur so können wir als Willensnation unsere Zukunft selbstbewusst gestalten.

Damit wir als Land, Nation und als Gesellschaft gemeinsam weiterkommen, unsere Zukunft gestalten, unsere Eigenständigkeit bewahren und unsere Leben selbstbewusst bestimmen, stehen folgende sieben Ziele im Mittelpunkt unserer Vision für die Schweiz:

1. Vielfältige Gesellschaft mit gemeinsamen Werten.
2. Gelebte Solidarität, die niemanden zurücklässt
3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen, nicht verhindern
4. Nachhaltige und effiziente Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen
5. Starke und behauptungsfähige Schweiz
6. Digitalisierung und Fortschritt im Dienste der Menschen
7. Eigenständige und vernetzte Interessenspolitik

FDP.Die Liberalen ist somit die einzige Partei in der Schweiz, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen!

An der Delegiertenversammlung in Pratteln vom 29. September wurde diese liberale Vision für eine zukunftsorientierte Schweiz präsentiert und von rund 320 Delegierte einstimmig verabschiedet. Die Vision ist die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2015: Sie legt die politischen Grundsätze fest und bildet den inhaltlichen Rahmen für den Wahlkampf 2019

1.2. Rücktritt unseres Bundesrates Johann Schneider-Ammann und Wahl von Ständerätin Karin Keller-Sutter in den Bundesrat

Johann Schneider-Ammann hat die Schweiz als Wirtschaftsminister durch turbulente Zeiten geführt. In den vom starken Franken und technologischem Umbruch geprägten Jahren hat er stets für die Arbeitsplätze der Menschen in der Schweiz gekämpft. Dabei konnte er auf seine wertvolle Erfahrung als erfolgreicher Unternehmer zurückgreifen. Aus tiefster persönlicher Überzeugung hat er sich zudem immer für den sozialen Frieden und die bewährte Sozialpartnerschaft eingesetzt. Nicht zuletzt dank ihm hat die Schweiz die Krisenjahre vergleichsweise gut gemeistert. Mehr noch – die Arbeitslosenquote ist bei den Jungen ebenso wie bei den Älteren enorm tief, die Erwerbsquote steigt weiter und 2017 erreichten die Schweizer Exporte ein Allzeithoch. Dies auch dank den zahlreichen Freihandelsabkommen, unter anderem mit China, die Bundesrat Schneider-Ammann für die Schweiz ausgehandelt hat.

Doch er war nicht nur Wirtschaftsminister, sondern hat sich auch mit Herzblut für die Bildung und Innovation eingesetzt. Unter seiner Ägide wurde das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation geschaffen. Er hat dafür gesorgt, dass die Schweiz wieder voll an das europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ assoziiert ist. Heute hat die Schweiz ihren weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Schweiz und sie muss allen offenstehen. Das erkannte Schneider-Ammann schon als Unternehmer, setzte sich persönlich für Jugendliche ohne Lehrstelle ein und förderte später als Politiker konsequent das duale Bildungssystem. Damit hat er die Perspektiven junger Menschen in diesem Land nachhaltig verbessert. Dieses Engagement ist derart erfolgreich, dass die Schweiz heute eine internationale Vorbildrolle einnimmt.

In den letzten Jahren hat die Digitalisierung ihre Veränderungskraft überall auf der Welt entfaltet. Mit seinem Departement hat Johann Schneider-Ammann massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweiz zukünftig auch im digitalen Zeitalter weltweit zu den erfolgreichsten Ländern zählt. Dies beispielsweise mit einem gut 200 Millionen schweren Investitionspaket für die Digitalisierung in Bildung und Forschung, mit seinem unermüdlichen Einsatz für Startups oder dem Engagement für optimale Rahmenbedingungen für die aufstrebende Blockchain-Branche. Mit seinem starken Fokus auf Weiterbildung hatte er aber auch jene Menschen im Blick, die von der digitalen Transformation abgehängt werden könnten.

Am 25. September erklärte Bundesrat Johann Schneider-Ammann seinen Rücktritt aus dem Bundesrat auf Ende 2019. Bereits einen Tag nach seinem angekündigten Rücktritt orientierte die Partei über das Anforderungsprofil für Kandidatinnen und Kandidaten sowie über den Nominationsprozess. Interessierte Persönlichkeiten der Partei, welche die Anforderungen erfüllen, wurden eingeladen, ihre Kandidatur bis am 24. Oktober 2018 über ihre Kantonalpartei oder eine der FDP nahestehende Organisation einzureichen. Am nächsten Morgen wurde die Situation weiter zugespitzt, da auch Bundesrätin Doris Leuthard ihren Rücktritt aus dem Bundesrat bekannt gab. Für die FDP war klar, dass diese Vakanz für den eigenen Prozess keine Auswirkungen hatte.

In der Nacht vom am 24. Oktober 2018 lief die Nominationsfrist ab. Die FDP war stolz auf die drei durch die Kantonalparteien eingereichten Kandidaturen (in chronologischer Reihenfolge der Nomination durch die Kantonalparteien): Herr Regierungsrat Christian Amsler, Frau Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter sowie Herr Ständerat Hans Wicki. Die drei Kandidaten trafen die Bevölkerung in den folgenden Wochen im Rahmen einer Roadshow.

An ihrer vorsessionalen Sitzung vom 15. November hat die Fraktion intensiv über die Ausgestaltung des Tickets für die Bundesratsersatzwahlen vom 5. Dezember 2018 debattiert. Sie beschloss, der Bundesversammlung eine Auswahl von zwei Personen zu präsentieren. Nach intensiven Diskussionen fiel die Wahl auf Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki. Die FDP dankte Regierungsrat Christian Amsler herzlich für seine ausgezeichnete Kandidatur. Sein politischer Leistungsausweis verdient grossen Respekt.

Am 5. Dezember schliesslich wählte die Bundesversammlung die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter mit 154 Stimmen zur Nachfolgerin von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Karin Keller-Sutter verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Sie hat sich als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und bis vor kurzem als Ständeratspräsidentin ohne Zweifel profiliert. Auch in der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Somit konnte sie mit ihren fundierten Dossierkenntnissen, ihrer überzeugenden Persönlichkeit, ihren ausgewiesenen Führungskompetenzen und ihren breiten Sprachkenntnissen punkten. Karin Keller-Sutter ist auf einem weiteren Höhepunkt ihrer politischen Karriere angekommen. Wir sind stolz auf sie und darauf, dass sie im Bundesrat unsere freisinnigen Werte vertreten wird. Besonders freut uns, dass künftig wieder eine freisinnige Frau im Bundesrat sitzt. Auch die Ostschweiz kommt nach fast zehn Jahren wieder zu einer Vertretung in der Landesregierung. FDP. Die Liberalen gratuliert ihr herzlich und wünscht ihr viel Freude und Erfolg bei der Ausübung dieser verantwortungsvollen Funktion. Wir sind stolz auf unsere neue Bundesrätin!

Mit Ständerat Hans Wicki stand eine zweite Kandidatur mit ausgezeichnetem Leistungsausweis und grossen Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zur Wahl. Wir danken ihm herzlich für seine hervorragende Kandidatur und freuen uns darauf, auch in Zukunft auf sein Engagement zählen zu können.

1.3. Kantonale Wahlen und nationale Abstimmungen

Nach den Wahlen 2015 war der Stand in kantonalen Legislativen wie folgt: FDP 534 Sitze, SVP 582 Sitze, SP 456 Sitze, CVP 451 Sitze und Grüne mit 176 Sitzen. Seither fanden in zahlreichen Kantonen Wahlen statt und auch 2018 waren es deren sieben. Dabei konnten insgesamt 7 zusätzliche Sitze in kantonalen Legislativen dazugewonnen werden. Damit stieg die Anzahl seit 2015 zusätzlich eroberten kantonalen Mandate für die FDP auf +34. Zudem kam es im Kanton Solothurn zu Übertritten zur FDP. Zusammen mit der LDP kommt die FDP nun auf 573 Mandate und hat damit einen Vorsprung von vier Mandaten auf die SVP. Damit hat die FDP eines ihrer wichtigsten Zwischenziele für die nationalen Wahlen erreicht und ist in den kantonalen Legislativen zur stärksten Kraft aufgestiegen. Für diesen Erfolg gibt es hauptsächlich drei Gründe: Erstens hat sich die Partei klar und selbständig als liberaler Pol positionieren können. Sie versteht sich als liberale, reformorientierte Kraft, die

nach den Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt politisiert. Der zweite Grund liegt im Umbau der Partei zu einer Bewegung. Wir sprechen mit unseren Inhalten direkt die Menschen und ihre Bedürfnisse an und bieten liberale Lösungen. Damit hängt auch der dritte Grund zusammen: Der Erfolg ist in erster Linie den Leuten zu verdanken, die für die FDP auf die Strasse gehen. Wir Liberale sind auf allen Ebenen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik engagiert und helfen mit, dass es allen Menschen in diesem Land auch morgen noch gut geht.

Am 4. März lehnte die Stimmbevölkerung die Volksinitiative No-Billag ab. Die FDP nahm diesen Entscheid mit Befriedigung zur Kenntnis. Eine solche Änderung der Finanzierung des medialen Service Public hätte neben gewichtigen Einschnitten bei der SRG vor allem einen Kurzschluss für 34 regionale TV- und Radiostationen zur Folge gehabt. Im Windschatten der No-Billag-Abstimmung wurde der Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 vom Stimmvolk angenommen. Ein Nein zur Verlängerung seiner Steuerkompetenzen hätte den Bund finanziell Knall auf Fall völlig aus dem Lot geworfen. Die Steuerkompetenzen sind nun auf weitere 15 Jahre befristet und der Staat wird auch in Zukunft hinsichtlich seiner Ausgaben diszipliniert.

Am 10. Juni haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deutlich gegen das Vollgeld-Experiment gestellt. Die FDP und die Liberalen zeigten sich erfreut über den Entscheid und über das damit ausgesprochene Vertrauen in das Schweizer Geldsystem. Die zweite Vorlage – das umstrittene Geldspielgesetz – wurde hingegen angenommen. Die FDP nahm das Resultat zum Geldspielgesetz mit Bedauern zur Kenntnis. Sie ist überzeugt, dass ein besseres Gesetz möglich gewesen wäre.

Am 23. September haben sich die Schweizer Stimmbevölkerung klar gegen die beiden Agrar-Initiativen ausgesprochen. Sowohl die «Fair-Food-Initiative» als auch die Initiative «Für Ernährungssouveränität» wurden abgelehnt, wodurch eine drohende Kündigung wichtiger internationaler Abkommen abgewendet werden konnte. Die FDP und die Liberalen sind erfreut über das Abstimmungsresultat, denn es zeigt, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer der Bedeutung von Handels- und Marktzugangsabkommen für das Exportland Schweiz bewusst sind. Auch die Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» wurde abgelehnt. Damit konnte die FDP 2018 mit einer Ausnahme alle Abstimmungen gewinnen.

1.4. Weitere Themen

Europapolitik

Die FDP-Fraktion hat sich an ihrem Fraktionsseminar vom 2. und 3. Februar in Versoix (GE) intensiv mit der Europapolitik auseinandergesetzt. Nachdem Aussenminister Ignazio Cassis die bundesrätliche Sichtweise einbrachte, hat die Fraktion eine vertiefte Auslegeordnung zu den wichtigsten Herausforderungen im bilateralen Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU vorgenommen: das Freizügigkeitsabkommen, die Regelung der institutionellen Fragen und das Assoziierungsabkommen Schengen/Dublin. Auf Basis dieser Auslegeordnung entstand ein Positionspapier, das den Delegierten am 23. Juni 2018 im Tessin vorgelegt wurde.

Entsprechend haben die FDP-Delegierten am 23. Juni 2018 beschlossen, wie der bilaterale Weg weiterentwickelt werden soll. Zentral ist erstens, dass die Rechtsübernahme nicht automatisch geschieht, sondern unter Wahrung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit unserem Referendumsrecht. Zweitens wollen wir eine Streitbeilegung im Gemischten Ausschuss mit einem nachgelagerten Schiedsgericht, das die Verhältnismässigkeit von eventuellen Ausgleichsmassnahmen beurteilt. Drittens hat die FDP klare rote Linien festgelegt. Dazu zählen auch die aktuell gültigen flankierenden Massnahmen. Im Zentrum steht dabei der qualitative Schutz der Arbeitsbedingungen und der Löhne gemäss den gültigen FlaM. Über die konkrete Umsetzung muss jedoch diskutiert werden dürfen, so dass der Bundesrat der EU mit maximalem Handlungsspielraum entgegentreten kann. Auf keinen Fall wird die FDP für eine mögliche Ausweitung der FlaM Hand bieten.

Kurz vor den Sommerferien haben sich dann die Linken unter der Führung der Gewerkschaften zu einer totalen, zutiefst unschweizerischen Gesprächsverweigerung entschieden. Sie hielten dogmatisch an veralteten Kontrollmechanismen beim Lohnschutz fest und verweigerten jeglichen Dialog. Für die FDP war und ist klar, dass das Lohnschutzniveau nicht verwässert werden darf. Über technische Innovationen bei der Umsetzung muss jedoch diskutiert werden dürfen. Die FDP begrüsst darum im September, dass der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU weiterführen wollte und zwar trotz der Sabotageversuche der Gewerkschaften. Nun war der Bundesrat gefordert, eine Lösung für die innenpolitischen Hindernisse zu finden.

Umso erfreuter war die FDP dann am 7. Dezember, als nach fünf Jahren Mutmassungen und vielen Unklarheiten endlich ein konkreter Text für ein mögliches Rahmenabkommen auf dem Tisch lag und in eine breite Konsultation ging. Mit dieser Entscheidung zum weiteren Vorgehen in der Europapolitik machte der Bundesrat den Weg frei für eine fundierte und breite Diskussion über die Zukunft des bilateralen Weges. Es ist als grosser Erfolg zu werten, dass Bundesrat Ignazio Cassis endlich ein erstes konkretes Dokument präsentieren konnte. Damit befinden wir uns in der Europapolitik an einem entscheidenden Punkt, an dem alle Akteure die Phantomdiskussion verlassen und stattdessen ernsthaft und in Kenntnis des Verhandlungsergebnisses über die Vor- und Nachteile eines Rahmenabkommens diskutieren müssen. Die FDP wird nun die Einzelheiten genau prüfen.

Daneben reichte die SVP Ende August die Initiative „Für eine massvolle Zuwanderung“ ein, welche nichts anderes als eine Kündigungsinitiative ist. Ein Ja wäre das Ende des bilateralen Weges und liesse der Schweiz nur noch zwei ungeniessbare Optionen: Isolation oder EU-Beitritt. Damit schafft die Initiative neue Probleme, statt sie zu lösen. Für die FDP ist klar: Für die Bewältigung der Zuwanderung sind konkrete Massnahmen auf Gesetzesstufe besser geeignet. Solche Massnahmen sind dank der FDP bereits in der Umsetzung. Die Kündigungsinitiative ist aber auch eine Chance: Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Möglichkeit, ein für alle Mal ja zum bilateralen Weg zu sagen und einer radikalen Abschottungspolitik eine Absage zu erteilen. Die FDP hat schon den Anfang gemacht: Unsere Delegierten haben sich im Juni 2018 in Airolo mit überwältigender Mehrheit gegen die Kündigungsinitiative ausgesprochen.

AHV-Steuvorlage

Nach dem Nein zur USR III und zur AV2020 durch das Stimmvolk im Jahre 2017 ging es im letzten Jahr insbesondere darum, eine Lösung für beide Probleme zu finden. Dabei geht es bei der Reform der Unternehmensbesteuerung nicht nur um eines der wichtigsten Geschäfte der aktuellen Legislatur, sondern um ein absolut zentrales Geschäft für die Zukunft der Schweiz. Im Zentrum steht eine rasche und taugliche Lösung für die Unternehmensbesteuerung, damit Schweizer Unternehmen nicht von Sanktionen ausländischer Steuerbehörden betroffen werden. Ohne rechtzeitige Reform sinkt die Standortattraktivität und damit stehen die Arbeitsplätze hunderttausender Menschen, wichtige Steuererträge für Bund, Kantone und Gemeinden sowie AHV-Beiträge auf dem Spiel. Die soziale Kompensation über eine Zusatzfinanzierung für bestehende AHV-Rentenansprüche erachtete die FDP dabei als notwendiges Gegenstück für eine mehrheitsfähige Vorlage – ein typisch schweizerischer Kompromiss.

Die FDP unterstützte darum die Verknüpfung von Steuvorlage 17 und AHV-Kompensation. Die FDP übernimmt mit dieser tauglichen Lösung Verantwortung für die Menschen in der Schweiz, statt sich in fahrlässigen Profilierungsaktionen zu üben. Die Debatte hat endgültig aufgezeigt, wer gewillt ist, sich konsequent für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze der Menschen in der Schweiz einzusetzen. Alle Parteien müssen sich die Frage stellen, ob sie sich wirklich dem Kompromiss verweigern und so Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit und den Wohlstand gefährden wollen.

Auch bei der Altersvorsorge braucht es rasch eine weiterführende Lösung, denn die AHV-Zusatzfinanzierung ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Altersvorsorge ist eine der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Nach dem Nein zur Altersreform 2020 im September 2017 braucht es darum rasch eine neue Vorlage für eine finanziell nachhaltige und generationengerechte Reform. Die 2018 vom Bundesrat vorgestellte Reformvorlage „AHV 21“ enthielt einige Forderungen aus dem Plan B der FDP. So etwa die Flexibilisierung des Rentenalters zwischen 62 und 70 Jahren, die mit finanziellen Anreizen begleitet wird, um die Erwerbstätigkeit über das ordentliche Rentenalter hinaus zu fördern. Andererseits und aus Respekt vor dem Generationenvertrag spricht sich die FDP deutlich gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene massive Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozent aus. Entsprechend kritisch hat sich die FDP anschliessend in der Vernehmlassung geäussert. Für uns ist klar: Mittelfristig braucht die Schweiz eine umfassendere Reform, welche die strukturellen Probleme in der ersten und zweiten Säule anpackt. Das vorliegende „AHV 21“-Paket ist nur ein erster, kleiner Schritt in diese Richtung. Unser Vorsorgesystem muss an die demographischen Realitäten angepasst werden. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Reform der zweiten Säule weiterhin dringend: Die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt muss möglichst rasch eingedämmt werden.

Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen gehört zu den Besten der Welt. Was die FDP aber unbedingt anpacken will, sind die grossen strukturellen Fehlanreize, welche die Kosten künstlich aufblähen. Darum hat sie im letzten Jahr intensiv an ihrem neuen Positionspapier «Neuer Schwung für das Schweizer Gesundheitswesen» gearbeitet und Ende September von der Kantonalparteipräsidentenkonferenz verabschieden lassen.

Gewisse Ursachen des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen sind externer Natur und darum kaum beeinflussbar, wie beispielsweise die demographische Entwicklung, der medizinische Fortschritt und der wachsende Wohlstand. Andere Gründe haben ihren Ursprung in Fehlanreizen und Ineffizienzen innerhalb des Gesundheitssystems. Leider gibt es dagegen kein Wundermittel: Weder die von Links geforderte Verstaatlichung des Systems noch die 2018 lancierte Initiative für eine künstliche Ausgabenobergrenze liefern taugliche Antworten. Anstatt solcher Scheinlösungen braucht es tiefgreifende Veränderungen in unserem Gesundheitssystem, die auf Qualität, Effizienz und Verantwortung setzen. Ein zentraler Ansatz für die Gewährleistung von Qualität ist mehr Transparenz. Für Patienten ist es nämlich heute unmöglich, die unterschiedlichen Qualitätsniveaus der medizinischen Leistungen zu beurteilen. Mit mehr Transparenz werden sich die Wahlfreiheit der Patienten und die Qualität der Leistungen gegenseitig verstärken.

Damit das zweite Kernelement unseres Massnahmenpaketes – die Effizienz – umgesetzt werden kann, müssen die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen endlich angepackt werden. Fehlanreize verursachen ein Mengenwachstum der Leistungen und unverhältnismässige Investitionen in überdimensionierte Infrastrukturen. Die Verantwortlichkeiten zwischen Akteuren sind oft unklar oder sogar widersprüchlich. Zudem führen die heutigen Finanzierungs- und Tarifierungssysteme zu weiteren Fehlanreizen. Ebenfalls muss die Verantwortung im System gestärkt werden, indem man sich auf den Kernbereich der Solidarität zurückbesinnt. So sollen die Patientinnen und Patienten am Entscheidungsprozess bezüglich der Behandlungen eine aktivere Rolle einnehmen. Ihre finanzielle Beteiligung ist an die Kostenentwicklung anzupassen. Und schliesslich macht die Demographie ein Neudenken der Finanzierung unerlässlich, denn immer weniger junge, gesunde Menschen finanzieren immer mehr ältere Menschen mit erhöhtem medizinischem Bedarf. Darum braucht es neue Ansätze wie ein Pflege- oder Gesundheitskonto. Für schwere Eingriffe, chronisch Kranke und bedürftige Menschen muss weiterhin ein Auffangnetz bestehen.

Weitere Themen

Am 13. Januar haben in Biel die FDP Delegierten über Themen aus dem UVEK diskutiert. Deutlich bestätigten sie ein neues Positionspapier für mehr Markt in der Medienlandschaft Schweiz. Die Digitalisierung macht auch vor der Medienlandschaft nicht Halt. Sinkende Werbeeinnahmen oder verändertes Konsumverhalten stellen die Medienanbieter zusätzlich vor grosse Herausforderungen. Das Papier „Mehr Markt für die Schweizer Medienlandschaft“ enthält zielgerichtete Reformen, damit private Medienanbieter mehr Spielraum erhalten, um auf diese Herausforderungen zu reagieren. Die FDP fordert eine Verbesserung des Konzessionierungsverfahrens, weniger Regulierung für private Medienanbieter sowie eine effizientere Nutzung der Gebühreneinnahmen.

Auch die kontroverse Diskussion über die geeigneten Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik nahm viel Raum ein. Mit der Annahme des ersten Massnahmenpaketes der Energiestrategie 2050 und der Ratifizierung des Pariser Klimaübereinkommens hat sich die Schweiz ambitionierte Ziele gesetzt. Nun geht es darum, wirksame und nachhaltige Massnahmen zu definieren. Die FDP hat ihre wichtigsten Forderungen in der Resolution „Zukunft der Energie- und Klimapolitik“ zusammengefasst, welche die Delegierten am 13. Januar in Biel einstimmig guthiessen. Marktwirtschaftliche Instrumente sollen einerseits Treibhausgase reduzieren und andererseits die Versorgungssicherheit der Schweiz garantieren.

Mütter und Väter wollen heute für die Familie da sein sowie auch in ihrem professionellen Leben weiterkommen. Dies stellt die heutigen Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor neue Herausforderungen, wie mit der Initiative für einen Vaterschaftsurlaub deutlich zum Ausdruck kommt. Die FDP-Liberale Fraktion hat im Juni ein eigenes Konzept für einen möglichen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen. Eine kategorische Ablehnung der Initiative, wie sie der Bundesrat kurz zuvor gefordert hatte, ist für die Fraktion keine befriedigende Lösung. Das Konzept besteht aus drei Elementen, die verbindlich miteinander verknüpft sind: 16 Wochen bezahlter Elternurlaub, Erhöhung des Fremdbetreuungsabzugs auf 25'000 Franken und die Abschaffung der Kita-Anschubfinanzierung.

1.5. Ausblick

Liberaler Politik bedeutet, die Freiheit des Einzelnen zu stärken, auf Selbstverantwortung, Eigeninitiative sowie Gemeinsinn zu setzen und den Föderalismus zu achten. Mit 33 Nationalrätinnen und Nationalräten und mit 13 Ständerätinnen und Ständeräten spielt die FDP im Parlament eine wichtige Rolle und kann verschiedene Dossiers mit liberalen Ideen prägen. Zur Hälfte der 50. Legislatur zeigt sich die Fraktion zufrieden mit dem Erreichten. Die FDP konnte mit ihren reformorientierten Vorschlägen im Parlament wichtige Erfolge erzielen. Ausser beim bedauerlichen Nein zur Unternehmenssteuerreform III und beim Geldspielgesetz konnte die FDP bei Volksabstimmungen jeweils eine Mehrheit der Stimmbevölkerung von ihren Positionen überzeugen. Das ist der Beweis für die erfolgreiche Arbeit im Parlament.

Doch die Herausforderungen werden nicht weniger. Denn das Erfolgsmodell Schweiz wird von konservativen Abschottern und sozialistischen Populisten bedroht. Eine zunehmende Polarisierung greift um sich. Es wird versucht, unausgewogene Reformen mit Zückerchen zu erkaufen. Doch anstatt den Wohlstand der Schweiz mit polemischen Initiativen oder fahrlässigen Vorlagen zu gefährden, müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Nach fast zwei Jahren intensivsten Vorbereitungen stehen die eidgenössischen Wahlen 2019 vor der Tür. Die Vorarbeiten, die bis jetzt geleistet wurden, können sich sehen lassen. So ist die FDP dank den vielen kantonalen Wahlerfolgen heute die Partei mit den meisten Kantonsrats- und Regierungsratsvertretungen in der ganzen Schweiz. Bei den National- und Ständeratswahlen 2015 hat die FDP lediglich die Hälfte ihrer potenziellen Wählerinnen und Wähler mobilisiert. Die SP hingegen hat zwei Drittel und die SVP gleich ihre gesamte Wählerschaft motiviert, wählen zu gehen. Das darf nicht noch einmal passieren! Die FDP muss auf die Strasse, mit den Menschen sprechen und ihnen ihre Ideen präsentieren. Die FDP muss die potenziellen FDP Wählerinnen und Wähler motivieren, an die Urne zu gehen! Das ist gerade in der heutigen Zeit, in der die Sozialisten und die Konservativen Ängste schüren, statt an Lösungen mitzuarbeiten, umso wichtiger. Damit wir die Menschen erreichen, gehen wir im Jahr 2019 neue Wege. Wir gehen zu den Menschen nach Hause, stellen uns persönlich vor und sprechen mit ihnen über die Probleme, die sie beschäftigen. Wir gehen von Tür zu Tür und von Mensch zu Mensch und geben den Wählerinnen und Wählern so die Möglichkeit, uns persönlich kennenzulernen. Aber: Es nützt nichts, wenn nur einzelne von uns auf die Strasse gehen. Es braucht jede und jeden von uns, damit wir die Wahlen gewinnen und die SP überholen!

2. **Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteipräsidentenkonferenzen / Volksabstimmungen**

Martin Stucki, Kommunikationschef

Matthias Leitner, Stv. Generalsekretär

Marcel Schuler, Kampagnenleiter

2.1. **Delegiertenversammlungen**

2.1.1. **Delegiertenversammlung vom 13. Januar 2018 in Biel**

Rund 320 Delegierte der FDP. Die Liberalen haben in Biel mit 204 zu 82 Stimmen die Nein-Parole zur No-Billag-Initiative beschlossen. Bei dieser Gelegenheit haben sie ebenfalls über weitere Themen aus dem UVEK diskutiert. Deutlich bestätigten sie ein neues Positionspapier für mehr Markt in der Medienlandschaft Schweiz. Auch die intensive Diskussion über die geeigneten Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik nahm viel Raum ein. Die Delegierten stimmten schliesslich einer Resolution einstimmig zu, welche die wichtigsten Forderungen der FDP bündelt.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Nein-Parole zur No-Billag-Initiative
- Positionspapier für mehr Markt in der Medienlandschaft
- Resolution Energie- und Klimapolitik

2.1.2. **Delegiertenversammlung vom 24. März 2018 in Zug**

An ihrer Versammlung in Zug bestätigten die Delegierten den eingespielten Vorstand für zwei weitere Jahre. Petra Gössi zeigte sich über ihre Wiederwahl durch Standing Ovations gerührt und bekräftigte ihren Willen, die FDP zu einer Bewegung zu formen – und damit die Ziele für die Wahlen 2019 zu erreichen. Weiter diskutierten die Delegierten über den Sicherheitsradar, der die sicherheitspolitischen Herausforderungen priorisiert. Auch beschlossen die Delegierten die Nein-Parole zum Geldspielgesetz und die Nein-Parole zum Vollgeld-Experiment.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Sicherheitsradar
- Nein-Parole zum Geldspielgesetz
- Nein-Parole zum Vollgeld-Experiment

2.1.3. **Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in Airolo**

Die EU ist der wichtigste Partner der Schweiz und die bilateralen Verträge garantieren uns eine massgeschneiderte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren von der engen Verknüpfung profitiert – das soll auch so bleiben. Denn stabile Beziehungen mit der EU sind der beste Schutz gegen einen EU-Beitritt und auch gegen eine Abschottung. Rund 250 Delegierte der FDP. Die Liberalen haben in Airolo über die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des bilateralen Weges diskutiert. Sie haben das Positionspapier „Eckwerte einer selbstbewussten Europapolitik“ sowie eine Resolution zur Personenfreizügigkeit deutlich angenommen. Die Parolen für die Abstimmung vom 23. September 2018 hat die Partei bereits früher gefasst.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Positionspapier „Eckwerte einer selbstbewussten Europapolitik“
- Resolution zur Personenfreizügigkeit

2.1.4. **Delegiertenversammlung vom 29. September 2018 in Pratteln**

Die Schweiz ist unsere Heimat. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Rund 320 Delegierte der FDP. Die Liberalen haben im Beisein ihrer beiden Bundesräte in Pratteln einstimmig eine liberale Vision für eine zukunftsorientierte Schweiz beschlossen. Den abtretenden Bundesrat Johann Schneider-Ammann ehrten sie mit mehreren Standing Ovations

für seinen langjährigen Einsatz. Zudem fassten die Delegierten sehr deutlich die Nein-Parole zur Selbstbestimmungsinitiative und sagten klar Ja zum Gesetz gegen Sozialmissbrauch.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Liberale Vision für eine zukunftsorientierte Schweiz
- Nein-Parole zur Selbstbestimmungsinitiative
- Ja-Parole zum Gesetz gegen Sozialmissbrauch

2.2. Parteipräsidentenkonferenz

2018 hat die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) sieben Mal getagt. Im Zentrum standen auch in diesem Jahr diverse Positionierungen wie jene zur Gesundheitspolitik oder die Fassung von Abstimmungsparolen bzw. deren Empfehlung z.H. der Delegiertenversammlung. Im Jahr vor den Wahlen sind auch die Wahlen zu einem wichtigen Traktandum der PPK geworden.

2.2.1. Positionspapiere

Die PPK hat über sechs Positionspapiere beraten und damit die Weichen gestellt für die langfristige Ausrichtung der Partei in den wichtigen aufkommenden Themen. Verabschiedet wurden Positionspapier zu den Themen «Zukunft der Energie- und Klimapolitik», «Mehr Markt für die Schweizer Medienlandschaft», «Sicherheitsradar», «Eckwerte einer selbstbewussten Europapolitik», «Gesundheit» sowie unsere Vision für die Wahlen «Unsere Schweiz, unsere Heimat».

2.2.2. Parolenfassungen

Auch 2018 hat die PPK direkt Parolen für nationale Abstimmungen gefasst. Die Vorlagen wurden jeweils vorgestellt und anschliessend diskutiert. Es wurden die Parolen zu folgenden Abstimmungen in der PPK gefasst:

- Ja Parole zur Finanzordnung 21
- Nein Parole zur Fair-Food-Initiative
- Nein Parole zur Initiative für Ernährungssouveränität
- Ja Parole zum Gegenvorschlag zur Veloinitiative
- Nein Parole zur Hornkuh-Initiative

2.2.3. Wahlen

Im Vorwahljahr sind auch die Vorbereitungen für die nationalen Wahlen in der PPK intensiviert worden. Es wurde eine ausführliche Lageanalyse erstellt und intensiv diskutiert worden. Damit wurden alle Parteien auf den gleichen Wissensstand gebracht. Auf dieser Basis wurde die Strategie für die nationalen Wahlen erarbeitet, diskutiert und verabschiedet. Innerhalb dieser organisieren die Kantonalparteien ihre eigenen Kampagnen, damit in der ganzen Schweiz eine konsistente Kampagne gefahren werden kann. Basierend auf dieser Strategie wurde weiter das Budget sowie die Massnahmen für die Vorkampagnen I und II diskutiert und genehmigt.

Ebenfalls wurden bereits diverse Massnahmen mit längerer Vorbereitungszeit genehmigt. Dazu gehören die Produktion eines Messestandes sowie eines Heissluftballons, die Umsetzung einer Kandidatenwebseite oder die Umsetzung eines Intranets als Austauschplattform. Damit ist die FDP gut vorbereitet für die Wahlen 2019.

2.2.4. Weitere Geschäfte

Die PPK hat auch über weitere Geschäfte beraten und wichtige Entscheide für die Zukunft gefällt. Es sind dies insbesondere die Folgenden:

Neues CI/CD: Die Corporate Identity war nicht mehr zeitgemäss. Es liess nur wenig Flexibilität zu und wurde den Bedürfnissen der Basis nach einem modernen, frischen und flexiblen Auftritt nicht mehr gerecht. In Zusammenarbeit mit einer Agentur wurde das CI weiterentwickelt und durch die PPK genehmigt.

Neugestaltung Freisinn: Im Rahmen der Weiterentwicklung des CI wurde auch das Erscheinungsbild des Freisinns neugestaltet. Zudem wurde auch das inhaltliche Konzept neu entwickelt.

Untergruppe «60+»: Die PPK hat die Gründung einer Untergruppe für 60+ beschlossen. Damit sollen motivierte Senioren in die Parteiarbeit eingebunden werden.

Fondskonzept: Die PPK hat ein Fondskonzept zur Finanzierung von Aktivitäten der Ortsparteien verabschiedet. Mit diesem soll mehr Aktivität ermöglicht werden.

2.3. Volksabstimmungen

Neben dem sehr guten Resultat in den kantonalen Wahlen, sind auch die Resultate bei den eidgenössischen Volksabstimmungen in dieser Legislatur sehr erfreulich. Ausser beim Geldspielgesetz konnte die FDP mit ihrer Position jeweils eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen.

Der Parole der FDP folgend, wurde am 4. März, trotz Ärger über die SRG, die zu radikale No-Billag Initiative abgelehnt. Besonders die französisch- und italienischsprachige, aber auch die rätoromanische Schweiz hätten durch den Verlust an Schweizer Medieninhalten zu den grossen Verlierern gehört. Der Gemeinsinn überwog – 71.6 Prozent der Stimmbevölkerung und alle Stände lehnten die Initiative ab. Auch erfreulich war die Annahme des Bundesbeschlusses über die neue Finanzordnung 2021, über welche ebenfalls im März abgestimmt wurde. Mit der Annahme wurden die Steuerkompetenzen des Bundes auf weitere 15 Jahre befristet. So wird er auch in der Zukunft hinsichtlich seiner Ausgaben diszipliniert.

Im Juni stellte sich die Stimmbevölkerung mit 75,7 Prozent Nein-Stimmen äusserst klar gegen das Vollgeld-Experiment. Die FDP nahm dieses Ergebnis mit Befriedigung zur Kenntnis. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zeigten mit dieser Entscheidung eindeutig, dass sie dem Schweizer Geldsystem vertrauen und dieses so beibehalten wollen. Ausserdem machte die Stimmbevölkerung klar, dass die Schweiz kein Versuchslabor für Experimente sein soll. Diese Abstimmung untermauerte einmal mehr, dass extreme Forderungen in der Schweiz keinen Rückhalt haben.

Gefasst zeigte sich die FDP vom Ja zum Geldspielgesetz – sie vertrat die Nein-Parole. Die FDP bestritt nie, dass gegen illegale Glücksspielanbieter vorgegangen werden muss. Sie war aber überzeugt, dass ein besseres Gesetz möglich gewesen wäre, welches dem Spielerschutz besser Rechnung getragen und nicht zu einem Branchenmonopol für inländische Spielanbieter geführt hätte. Der FDP ist wichtig, dass das Ja zum Geldspielgesetz kein Freipass für weitere Internetsperren wird, welche lediglich zum Ziel haben, die unliebsame Konkurrenz im Internet auszusperrern. Hier nimmt die FDP die Befürworter in die Pflicht: Sie müssen ihr im Abstimmungskampf gemachtes Versprechen halten und dafür sorgen, dass protektionistische Internetsperren nicht auf weitere Branchen ausgeweitet werden.

Die Abstimmung vom 23. September über die Agrar-Initiativen war für die FDP sehr zufriedenstellend. Sowohl die «Fair-Food-Initiative» als auch die Initiative «Für Ernährungssouveränität» wurden abgelehnt, wodurch eine drohende Kündigung wichtiger internationaler Abkommen abgewendet werden konnte. Die Abstimmungskampagne wurde unter starker Mitarbeit der FDP von einer Gruppe von Verbänden und Parteien geführt. Die FDP hatte die Verantwortung für die operative Kampagnenführung inne und war deshalb besonders erfreut über die Auswirkungen ihrer Kampagne, welche einen Meinungswandel bei der Fair-Food-Initiative von 78 Prozent Zustimmung zu 61.4 Prozent Ablehnung bewirkte.

Ebenfalls erfreulich war am 23. September die Annahme des Gegenvorschlags zur Velo-Initiative. Mit diesem Gegenvorschlag werden Velowege mit Fuss- und Wanderwegen in der Verfassung gleichgestellt. Damit kann der Bund künftig die Kantone in der Förderung und Weiterentwicklung der Velowege unterstützen und das Zusammenspiel der verschiedenen Transportmittel weiter verbessern.

In der November-Abstimmung sprach sich die Stimmbevölkerung klar gegen die «Selbstbestimmungs»-Initiative der SVP aus. Die Initiative hätte zu Rechtsunsicherheit und aussenpolitischer Instabilität geführt, weil unzählige Verträge nur noch unter Vorbehalt gültig gewesen und die Schweiz wirtschafts-, innen- und aussenpolitisch gelähmt gewesen wäre. Der grosse Einsatz der FDP Basis wurde mit einem klaren Nein belohnt. Die Liberalen war entsprechend zufrieden über die klare Abfuhr der SVP-Initiative.

Auch nahm das Schweizer Stimmvolk am 25. November die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) an. Mit dem neuen Gesetz kann Sozialversicherungs-Missbrauch in Zukunft wirksam bekämpft und gestoppt werden, indem Sozialversicherungen (insbesondere IV-

Stellen, Suva und private UVG-Versicherer) unter klaren Vorgaben schwerem Missbrauchsverdacht nachgehen können.

Spannend war zudem der Ausgang zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)». Das Stimmvolk sprach sich, ganz nach dem Wunsch der FDP, gegen eine Subventionierung von behornten Nutztieren aus. Die neuen Subventionen hätten in anderen landwirtschaftlichen Sektoren zu Kürzungen geführt und die unternehmerische Freiheit der Landwirte eingeschränkt. Zwei Monate nach der Ablehnung der Agrarinitiativen bekannten sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger somit erneut zur bestehenden Agrarpolitik.

3. Das parlamentarische Jahr 2018

Michael Mandl, Fraktionssekretär

3.1. Frühlingssession - Session de printemps 26. Februar bis 16. März 2018

3.1.1. Service public – quo vadis?

Die Frühlingssession 2018 stand ganz im Zeichen des Service Public. Man könnte fast meinen, wir stecken wieder mitten im Abstimmungskampf zur „Pro Service Public“-Initiative. Denn in beiden Kammern debattierten die Ratsmitglieder emotional über die Zukunft unserer Poststellen, Internet-Grundversorgung, Mobilfunk-Ausbau, Fernbusse, Maximallöhne des Kaderns von staatsnahen Betrieben und selbstverständlich sehr prominent über den Fall PostAuto Schweiz AG. Und zwischendurch fand mit der No-Billag-Initiative noch eine Volksabstimmung zur Zukunft unserer Medienlandschaft statt. Alle diese Anliegen sind ernst zu nehmen. Sie sind ein Zeichen dafür, dass die Unzufriedenheit mit dem heutigen Angebot des Service Public stetig zunimmt. Anders ist die Fülle an Vorstößen zu diesen Themen aus fast allen Fraktionen nicht zu erklären. Offensichtlich sind sich alle einig, dass etwas nicht gut läuft. Jedoch hat niemand eine schlaue Antwort darauf, wie es weitergehen soll? Auch innerhalb der FDP-Liberale Fraktion gibt diese Frage laufend zu reden. Der Fall der PostAuto Schweiz AG hat schliesslich das Fass zum Überlaufen gebracht. Darum hat die Fraktion an der vorsessionalen Fraktionssitzung beschlossen, eine dringliche Debatte während der Frühlingssession zum Problemfall der staatsnahen Unternehmen zu fordern.

Auch für die FDP-Liberale Fraktion ist es klar, dass der Fall PostAuto lückenlos aufgeklärt werden muss. Aber mindestens genauso wichtig ist es, einen Schritt zurück zu machen und das grössere Bild zu betrachten: Was genau führt zu solchem Fehlverhalten? Wo liegen die Gründe hinter den sich häufenden Schlagzeilen zu den staatsnahen Betrieben wie die Post, Swisscom oder den SBB? Für die FDP ist der Fall PostAuto nur die Spitze des Eisbergs und Symptom für ein viel fundamentaleres Problem. Er zeigt exemplarisch den Konflikt zwischen den regulatorischen Rahmenbedingungen und der digitalen Transformation dieser Unternehmen. Daraus resultieren Wettbewerbsverzerrungen und private Unternehmen werden aus dem Markt gedrängt. Damit wir das in Zukunft verhindern können, braucht es ein Überdenken der heutigen Regulierung von staatsnahen Unternehmen. Dabei müssen wichtige Fragen des Wettbewerbsrechts geklärt werden. Es muss aber auch geklärt werden, wie die strategischen Ziele dieser Unternehmen neu definiert werden sollen. Es darf nicht sein, dass sie einerseits mehr unternehmerische Freiheiten erhalten und andererseits durch regulatorische Einschränkungen wieder zurückgebunden werden. Und vor allem muss die Frage beantwortet werden, wie Fehlanreize beseitigt werden können, damit solche Fälle wie bei der PostAuto Schweiz AG nicht mehr geschehen.

Dem Parlament wird die Arbeit diesbezüglich nicht ausgehen! Denn die nächsten Geschäfte warten bereits auf die Ratsmitglieder. Da kann man nur hoffen, dass die Vernunft obsiegt und nicht in der Hitze des Gefechtes eine falsche Entscheidung getroffen wird, die uns wieder zurück in die Steinzeit der PTT und Konsorten versetzt.

3.1.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Burkart). Staatsnahe Unternehmen: Welche Rahmenbedingungen braucht es, um weitere Fälle wie bei PostAuto Schweiz zu vermeiden?

Text: Die von PostAuto Schweiz durchgeführten buchhalterischen Trickserien sind gravierend. Der Fall muss darum lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichen müssen angemessen sanktioniert werden. Es ist dabei absolut zentral, dass die Objektivität und Unabhängigkeit der Untersuchungen und der involvierten Akteure jederzeit garantiert werden kann. Doch die Postauto-Affäre ist nur ein Symptom eines viel tiefer liegenden Problems. Das muss zum Anlass genommen werden für eine fundierte Debatte. Die Herausforderung der Post, genauso wie der meisten staatsnahen Unternehmen auf Stufe Bund und Kanton, liegt einerseits in der zunehmenden Digitalisierung ihrer Geschäftsbereiche. Andererseits müssen diese Betriebe mit dem Erodieren ihrer wichtigsten Einnahmequellen aus den traditionellen Geschäftsbereichen zurechtkommen. Als Folge davon suchen sie nach Einnahmequellen in sachfremden Geschäftsbereichen und konkurrenzieren private Unternehmen. Zudem haben die staatsnahen Betriebe von ihrem Eigentümer mehr unternehmerische Freiheiten erhalten, ohne dass gleichzeitig die regulatorischen Einschränkungen entsprechend angepasst wurden. Interesse- und Zielkonflikte waren und sind weiterhin vorprogrammiert.

Aus diesem Grund verlangt die FDP eine aktuelle Debatte. Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie kann eine Untersuchung vollkommen unabhängig sein, wenn die zuständige Task force wie im Fall Postauto direkt dem Verwaltungsratspräsidenten des betroffenen Unternehmens unterstellt ist?
2. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass im heutigen System Fehlanreize bestehen, die den Postauto-Skandal mitverursacht haben? Könnten solche Fälle mit einer Privatisierung oder Ausgliederung von einzelnen Geschäftsbereichen verhindert werden?
3. Wie kann verhindert werden, dass sich staatsnahe Unternehmen z.B. bei Ausschreibungsverfahren ungernechtfertigt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber privaten Anbietern verschaffen?
4. Wie sollen gleich lange Spiesse zwischen privaten und staatsnahen Betrieben geschaffen werden?
5. Inwiefern verursachen die unterschiedlichen Rollen des Bundes – als Besitzer, Regulator und Auftragsgeber – Interessenkonflikte bei bundesnahen Unternehmen? Welche Massnahmen sind vom Bund ergriffen worden, um die Empfehlungen der OECD im Bereich der Governance zur Verhinderung solcher Konflikte umzusetzen?

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Schneeberger). Tiefe Steuerbelastung füllt die Staatskassen – Langfristige Steuerstrategie im Interesse der Schweiz

Text: Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie er den Steuerstandort Schweiz langfristig so attraktiv gestalten will, dass die "Ergiebigkeit" des Steuersystems zur Finanzierung guter staatlicher Leistungen sichergestellt werden kann. Es soll in einer gesamtheitlichen Strategie aufgezeigt werden, wie die steuerlichen Rahmenbedingungen der Schweiz langfristig so gestalten werden können, dass der Standort Schweiz attraktiv bleibt für steuerzahlende Unternehmen und Privatpersonen. Es sollen in Szenarien die kurz-, mittel- und langfristigen Effekte verschiedener Massnahmen auf die Entwicklung der Steuererträge des Bundes modelliert werden. Darüber hinaus soll dargestellt werden, mit welchen weiteren volkswirtschaftlich positiven Effekten solcher Massnahmen gerechnet werden kann, insbesondere auf Arbeitsplätze und Investitionen.

Begründung: Bei aktuellen Steuerprojekten sind in "statischer Sicht" oft nur die kurzfristigen Ausfälle vermerkt. Es fehlt eine gesamtheitliche, langfristig ausgerichtete Strategie. Hinter kurzfristigen Ausfällen in einem bestimmten Steuerbereich stecken oft Mehreinnahmen in einem anderen Steuerbereich, positive Beschäftigungsentwicklungen und Investitionen in die Schweizer Wirtschaft. So haben sich beispielsweise die Gewinnsteuereinnahmen durch Unternehmen seit 1990 überdurchschnittlich gut entwickelt – trotz Unkenrufen bei jeder Steuerreform. Steuerstatistische Analysen zeigen, dass sich Steuerkraft und Steuererträge von Gemeinwesen mit wettbewerbsfähig tiefer Steuerbelastung überdurchschnittlich gut entwickeln. Von diesen Effekten können nachweislich kleinere Länder besonders ausgeprägt profitieren. In einer langfristigen Steuerstrategie kann der Bundesrat aufzeigen, wie er in die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Privatpersonen investieren will, damit nachhaltig Mehrwert im Interesse der Schweiz entsteht.

Ein solches Strategiepapier wäre für den Bundesrat auch die Gelegenheit in einer Gesamtschau alle laufenden steuerlichen Projekte, deren Wechselwirkung und Ziele, aufzuzeigen.

Die Steuerreform in den USA zeigt momentan exemplarisch auf, dass andere Staaten nicht schlafen und stetig daran arbeiten, ihren Standort steuerlich attraktiver zu gestalten. Auch die Schweiz braucht eine langfristige Perspektive, damit wir nicht ins Hintertreffen geraten oder über Hauruckübungen Anpassungen vornehmen müssen.

3.2. Sommersession – Session d'été 28. Mai bis 15. Juni 2018

3.2.1. Politische Leckerbissen an der Weltmeisterschaft (im Bundeshaus)

Ganz im Zeichen des Auftaktes zur Fussball-Weltmeisterschaft in Russland hat das Schweizer Parlament eine voll bepackte Session hinter sich gebracht, die für die Involvierten wie auch für die Zuschauer einiges an Spektakel zu bieten hatte. Im Unterschied zur vorangegangenen Frühlingssession kamen die Spieler der FDP-Liberale

Fraktion aufgrund des dichten Programms kaum dazu, Luft zu holen. Ein Highlight jagte das andere, und so fällt es mir leicht, Ihnen eine spannende Spielzusammenfassung der wichtigsten Ereignisse aus der Sommersession zu präsentieren:

Der Anstoss für diese mitreissende Session fand im Ständerat statt. Leider stellte sich dieser mit der Beratung des Gleichstellungsgesetzes bereits ein erstes Mal ins Abseits. Anstatt sich für eine vernünftige Lösung der FDP auszusprechen, hat der Ständerat ein unwirksames Gesetz mit verpflichtenden Lohnanalysen verabschiedet. Es ist nun am Nationalrat, einen zielführenden Gegenstoss zu lancieren. Ebenfalls unschön war die Aktion der SVP im Nationalrat im Rahmen der Beratung der Selbstbestimmungsinitiative. Wie so oft in letzter Zeit ignorierte sie jegliche parlamentarische Sitten und veranstaltete ein Kasperltheater - sei dies im wörtlichen Sinne oder durch die Verschleppung der Debatte mit Fragen an die eigenen Ratsmitglieder. Alles nur, um die Verzögerung der Schlussabstimmung auf die Herbstsession zu provozieren. Für dieses Verhalten hat sich die Mannschaft des Trainers Thomas Aeschi eine dunkelrote Karte verdient. Zum guten Glück blieb diese Aktion aber erfolglos, und die Volksinitiative konnte in beiden Räten deutlich abgelehnt werden.

Es gab aber auch durchaus schöne Treffer zu verzeichnen. Einen ersten vielversprechenden Pass in die Tiefe für einen Torerfolg spielte der Ständerat mit der erfolgreichen Beratung der Steuervorlage 17. Diese Kompromissvorlage inklusive der sozialen Kompensation in der AHV ist ein dringlicher Schritt hin zu einer erfolgreichen Reform der Unternehmensbesteuerung. Auch wenn die Verknüpfung von zwei artfremden Geschäften aus liberaler und ordnungspolitischer Sicht etwas fraglich ist, stellt der fast einstimmige Beschluss im Ständerat einen gutschweizerischen Kompromiss dar. Ein wahrhaftiger Torerfolg konnte die FDP mit der Beratung des Waffenrechtes feiern. Dank der intensiven Vorarbeit in der zuständigen sicherheitspolitischen Kommission konnte die Vorlage zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie so ausgestaltet werden, dass die Weiterführung der Schweizer Traditionen wie auch die Schengen/Dublin-Konformität gewährleistet ist. Kurz vor Abpfeif der Session hat sich dann der Nationalrat noch intensiv mit der Reform des Aktienrechtes auseinandergesetzt. Diese Beratung könnte man am besten mit einem 0:0 nach Verlängerung und Penaltyschiessen vergleichen. Leider konnte die FDP nach diesem Nervenkitzel nicht als Sieger vom Platz gehen. Trotz einigen guten Chancen erreichte die Fraktion am Schluss kein zufriedenstellendes Ergebnis. Nun ist der Ständerat gefordert, um diese Monstervorlage zu entschlacken und im Interesse der Unternehmen zu verbessern. Es bleibt spannend im Bundeshaus!

3.3. Herbstsession – Session d'automne 10. September bis 28. September 2018

3.3.1. Konsensdemokratie unter Druck

Die Schweiz steht exemplarisch für die Konsensdemokratie, indem eine möglichst grosse Zahl von Akteuren in den politischen Prozess miteinbezogen wird, um über einen Konsens eine politische Entscheidung zu treffen. Leider musste man in letzter Zeit wie auch in dieser Herbstsession feststellen, dass immer mehr Akteure die Grundwerte einer Konsensdemokratie vergessen haben oder willentlich ignorieren. Dabei geht es nicht nur um unschweizerische Gesprächsverweigerungen, sondern auch um das mangelnde Verantwortungsbewusstsein bei absolut zentralen Vorlagen für den Standort Schweiz. Stehen nur noch die eigenen Wahlerfolge oder die Sicherung der eigenen Pfründe im Vordergrund, so wird die Konsensfähigkeit noch mehr unter Druck geraten und damit auch die Schweiz nachhaltig darunter leiden.

Die FDP-Liberale Fraktion hat sich das zu Herzen genommen und sich in dieser Session dafür eingesetzt, dass weiterhin konstruktive und kompromissfähige Kräfte die Überhand behalten, auch wenn das manchmal einem Kampf gegen Windmühlen gleicht. Unsere Bemühungen waren zum Glück mehrheitlich von Erfolg gekrönt. So konnten wir bei der Steuervorlage 17 trotz des plötzlichen Positionswechsels der SVP eine gute Lösung erarbeiten, damit unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt. Mit dieser Reform gewährleisten wir die notwendige Rechts- und Planungssicherheit, von der hunderttausende Arbeitsplätze abhängen. Ebenfalls ein Erfolg konnte die FDP-Fraktion bei der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie erzielen. Ohne das so wichtige Schengen-Abkommen zu gefährden, wurde der Handlungsspielraum bei der Übernahme der EU-Waffenrichtlinie maximal ausgereizt und eine mehrheitsfähige Vorlage erarbeitet. Beide Vorlagen kamen nur zustande, weil genügend Akteure bereit waren, einen Kompromiss einzugehen. Wir können nur hoffen, dass das auch im Wahljahr noch so bleibt. Ansonsten droht uns Stillstand und Reformblockade, was auf jeden Fall verhindert werden muss.

Ein weiterer Erfolg für die FDP waren zweifellos die letzten acht Jahre mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann an der Spitze des WBF. In der letzten Sessionswoche ging diese erfolgreiche Amtszeit leider abrupt zu Ende mit der Bekanntgabe seines Rücktritts am Dienstagvormittag. An dieser Stelle gebührt ihm nochmals ein ganz grosses Dankeschön für seinen unermüdlichen Einsatz zugunsten der Arbeitsplätze und der Bildung in der Schweiz. Wie kein anderer Bundesrat hat er sich für die Zukunft des «petit paradis» Schweiz eingesetzt und dazu beigetragen, dass unser Wohlstand trotz Wirtschaftskrise gewachsen ist und wir beinahe Vollbeschäftigung verzeichnen. Dass im Nachgang auch noch Bundesrätin Doris Leuthard zurückgetreten ist, wird das Kandidatenkarussell nochmals zusätzlich anheizen. Damit verlassen zwei Persönlichkeiten den Bundesrat, die die Konkordanz gelebt haben – ein weiterer Grund, wieso die Konsensdemokratie unter Druck gerät.

3.3.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Effizienzsteigerung beim Bund durch intelligente Prozessautomatisierung in der Verwaltung

Text: Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Effizienz von Verwaltungsprozessen mithilfe von Prozessautomatisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) optimiert werden kann. Insbesondere soll der Bundesrat:

1. einen Vergleich mit ausländischen Verwaltungen herstellen, erfolgreiche Effizienzsteigerungen identifizieren und eine Anwendung in der Schweiz überprüfen
2. darlegen, wo Verwaltungsprozesse automatisiert beurteilt und Entscheidungen automatisiert gefällt werden können;
3. die Analyse nach Departement aufschlüsseln und pro Departement drei Projekte mit Automatisierungspotenzial ermitteln (laufende oder zukünftige Projekte).

Begründung: Anfang September 2018 hat der Bundesrat neue Leitlinien für die Strategie „Digitale Schweiz“ präsentiert. In der aktualisierten Strategie schreibt er, dass er die Verwaltungsprozesse vereinfachen, standardisieren und in ihrer Effizienz optimieren will. Diese Zielsetzung ist zu unterstützen, denn durch Effizienzgewinne können die Mitarbeiter entlastet und die vorhandenen Ressourcen auf das Wesentliche konzentriert werden. Das steigert die Qualität der Dienstleistung und kommt den Bürgern direkt zugute.

Im Ausland werden Algorithmen und Systeme künstlicher Intelligenz (KI) längst in die Steuerungs- und Entscheidungsprozesse der öffentlichen Verwaltung einbezogen. Im deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird KI beim Auslesen von Schriftstücken erprobt. Das deutsche Bundeskriminalamt entwickelt KI-Methoden zur Unterstützung der Auswertung textueller Massendaten. Das deutsche statistische Bundesamt führt ein Pilotprojekt zu „Machine Learning“ durch, das das Potenzial der KI für die Plausibilisierung und Aufbereitung der Einzeldaten in den Unternehmensstatistiken aufzeigen wird. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wiederum wird z.B. Eingangspost auf Basis von KI-Systemen automatisch erkannt, indexiert und zugewiesen.

Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Walter Müller). Welche Tragweite hat die Änderung der Kriegsmaterialverordnung und wie steht es um die Exportbewilligungspraxis der Behörden?

Text: Am 15. Juni 2018 hat der Bundesrat die Anpassung der Kriegsmaterialverordnung beschlossen. Im Anschluss wurden die Sicherheitspolitischen Kommissionen konsultiert. Der Bundesrat und die Kommissionen kamen zum Schluss, dass die geplanten Änderungen verhältnismässig sind und die völkerrechtlichen, humanitären, aussenpolitischen und neutralitätsrechtlichen Prinzipien der Schweiz nicht verletzen. Dennoch entbrannte in der Folge eine öffentliche und mediale Debatte über Rüstungsexporte, im Zuge dieser von Verfehlungen und ungenügenden Kontrollen berichtet wurde. Zur Klärung dieser Sachverhalte wird der Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. In welchem Verhältnis steht die Anpassung der Kriegsmaterialverordnung zu den aussenpolitischen, völkerrechtlichen, humanitären und neutralitätsrechtlichen Grundsätzen der Schweiz?
2. Werden trotz der Anpassung der KMV alle UNO-Waffenembargos eingehalten?

3. Welche Art von Exporten wird die KMV-Revision ermöglichen, die in der alten Fassung nicht möglich waren, und wohin? Was wird nicht möglich sein? Welchen Einfluss hat die Revision auf Exporte in den Nahen Osten?
4. Aus welchem Grund ist die EFK tätig geworden und wie lassen sich die in den Medien zitierten „internen Mängel“ beim SECO erklären? Hat der Bundesrat die Anpassung der Kriegsmaterialverordnung in Kenntnis des EFK-Berichts beschlossen?
5. Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus den Empfehlungen der EFK und wie gedenkt er damit umzugehen?
6. Was hat es mit den angeblich in den Händen des IS gefundenen Handgranaten auf sich und wie sind diese Bilder im Lichte der Anpassung der KMV zu bewerten?
7. Wie wirksam sind die Nichtwiederausfuhr-Bestimmungen in Rüstungsverträgen? Was hat der Bundesrat bisher unternommen, um die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit zu erhöhen? Wie werden die Kontrollen durchgesetzt?
8. Ist die Exportbewilligungspraxis der Behörden zu lasch und zu wirtschaftsfreundlich? Wie kommt es, dass 2016 nur gerade 29 Gesuche abgelehnt wurden?
9. Verheimlichen die Behörden Details zu Kriegsmaterialausfuhren? Weshalb wurden Teile des EFK-Berichts geschwärzt?

Dringliche Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Portmann). Wie weiter mit dem institutionellen Marktzugangs-Abkommen mit der EU?

Text: Im Kontext der sich überschlagenden Ereignisse bei den laufenden Verhandlungen für die Weiterentwicklung des bilateralen Weges fordert die FDP eine Klärung der aktuellen Ausgangslage. Darum wird der Bundesrat gebeten, im Rahmen einer dringlichen Debatte die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Zu welchem Zeitpunkt rechnet der Bundesrat mit einem ausgehandelten Vertragsentwurf für ein neues institutionelles Rahmen-Abkommen mit der EU, das der Schweiz bestehende Marktzugänge sichern bzw. neue ermöglichen soll?
2. Sollte noch im Jahr 2018 ein Vertragsentwurf paraphiert werden, welchen Zeitplan bis zu einer Volksabstimmung erachtet der Bundesrat als realistisch? Wie würden die aussenpolitischen Kommissionen eingebunden?
3. Was wären die Vorteile eines raschen Abschlusses der Verhandlungen zum Rahmenabkommen im Vergleich zu einem Abbruch oder einer Sistierung?
4. Wie beurteilt der Bundesrat die Chancen, dass bei einem Abschluss der Verhandlungen folgende zentralen Forderungen der Schweiz erfüllt sein werden: der demokratische Rechtsetzungsprozess; ein paritätisches Vorgehen bei der Streitbeilegung; staatlichen Beihilfen oder Transit-Verkehr (so genannte Carve-outs)?
5. Verfolgt der Bundesrat beim Lohnschutz eine Lösung, mit der das Ziel der flankierenden Massnahmen – nämlich der Schutz des Lohnes – im Ergebnis nicht gefährdet wird?
6. Sieht der BR eine Möglichkeit, die FlaM ausserhalb des Rahmenabkommens eigenständig – ohne Abbau des Lohnschutzes – administrativ zu vereinfachen?
7. Wieso verschafft ein Rahmenabkommen der Schweizer Exportwirtschaft mehr Rechtssicherheit und wie sichert es langfristig den Marktzugang?

Begründung: FDP. Die Liberalen will den bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln. Für eine dynamische Aktualisierung ausgewählter bilateraler Verträge muss für die FDP zwingend der Schweizer Gesetzgeber und – mittels fakultativem Referendum – die Bevölkerung zuständig bleiben. Die bestehenden bilateralen Verträge erodieren aufgrund der Markt- und Rechtsentwicklungen; dadurch ist ein Teil unseres Wohlstandes in Zukunft gefährdet. Ziel eines Rahmenabkommens ist daher, die bilateralen Marktzugangsabkommen auf ein solides rechtliches Fundament zu stellen, damit der Schweizer Wirtschaft der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt langfristig gesichert wird und zukünftig neue Abkommen abgeschlossen werden können.

3.4. Wintersession – Session d’hiver 26. November bis 14. Dezember 2018

3.4.1. Feiern für Fortgeschrittene

Es existieren bekanntlich viele Klischees über die Arbeit in Bundesbern wie z. B. der Klassiker «Die in Bern machen sowieso was sie wollen!» oder «Die Lobbyisten und das Geld regieren eigentlich über das Parlament». Die meisten dieser Beispiele lassen sich leicht entkräften und entsprechen nicht der Wahrheit. Dafür gibt es genügend Anschauungsexemplare im politischen Alltag. Aber wenn es ein Klischee gibt, welches wahrscheinlich nicht so leicht zu entkräften ist, wäre es wohl die Dichte der Apéros und Feiern während der Wintersession. Das war auch diesmal so, vielleicht sogar noch mehr als für gewöhnlich. Doch dafür gab es gute Gründe.

Der Auftakt der Festivitäten wurde bereits mit dem ersten Geschäft dieser Session gemacht: Die Wahl des Ratspräsidenten bzw. der Ratspräsidentin. Damit endete auch die erfolgreiche und souveräne Amtszeit von (noch-)SR Karin Keller-Sutter als Ständeratspräsidentin. Somit stand auch bereits die erste Feier in den Kantonen Tessin und Wallis am Mittwochnachmittag der ersten Woche an: Mit NR Isabelle Moret steht bereits die nächste FDP-Vertretung als NR-Präsidentin in den Startlöchern. Sie wird im nächsten Jahr das Amt übernehmen. Da darf man auch schon jetzt darauf anstossen! Und nur eine Woche später stand das eigentliche Highlight dieser Session auf dem Programm: Die Ersatzwahl der Bundesräte Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard am 5. Dezember. Die FDP konnte mit Karin Keller-Sutter und Hans Wicki zwei starke Kandidaten ins Rennen schicken. Leider kann es am Ende nur einen Gewinner – und in diesem Fall nur eine Gewinnerin – geben: KKS! Mit ihrer überzeugenden Wahl im ersten Wahlgang schlug auch schon die Stunde der nächsten grossen Feier. Zusammen mit allen vertretenen Kantonen der BR-Kandidaten und des neuen BR-Präsidenten durften sich die anwesenden Gäste und Parlamentarier an fünf verschiedenen Apéros verköstigen, während die eigentlichen Protagonisten sich durch den Medienmarathon kämpften. Und als wäre das nicht bereits das Höchste der Gefühle, fand danach das offizielle Fraktionsessen der FDP statt. Ein wunderbarer Anlass im Kreis der freisinnigen Familie, um in erster Linie den zurücktretenden BR Johann Schneider-Ammann zu würdigen.

Die grandiose Wahl der neuen Bundesrätin Karin Keller-Sutter wurde selbstverständlich mit der offiziellen Feier in St. Gallen und Wil am Donnerstag der letzten Sessionswoche gebührend gewürdigt. Zusammen mit der Wiler Bevölkerung wurde bei frostigen Temperaturen, dafür umso freudigeren Ansprachen und Musik, auf KKS angestossen. Ein Freudenfest zum Abschluss dieses Feier-Marathons und zum Auftakt der Weihnachtsfestivitäten! Wie Sie auf den folgenden Seiten lesen können, wurde aber während den letzten drei Wochen auch noch sehr viel Zeit in ernste Parlamentsarbeit investiert. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

3.4.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Pa.Iv. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Pflegesparkonto – Finanzierungsinstrument des 21. Jahrhunderts

Text: Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit die Finanzierung der Pflegeleistungen im Alter neu über ein Pflegesparkonto abgewickelt werden kann. Dieses auf einer freiwilligen Basis angesparte Guthaben soll steuerbefreit und vererbbar sein. Des Weiteren sollen sowohl die Pflege als auch die Betreuung über das Pflegesparkonto finanziert werden können.

Begründung: Der Bedarf an Pflegeleistungen im Alter und die Kosten der Alterspflege nehmen wegen der demografischen Entwicklung stark zu. Schätzungen des Bundesrates zufolge werden die öffentlichen Ausgaben für die Langzeitpflege von 6,2 Milliarden Franken 2011 auf rund 18 Milliarden 2045 steigen. Kostentreiber sind nicht nur die Demografie, sondern auch die fehlenden Anreize für Individuen und Leistungserbringer, sparsam mit Geldern umzugehen und für die Kosten der Alterspflege zu sparen. Angesichts des bereits angespannten Generationenvertrags (z. B. Entwicklung der Kosten im KVG, AHV und auch BVG) ist es auch nicht sinnvoll, zusätzlich dazu noch die Pflegekosten den nächsten Generationen aufzudrängen.

Da die EL heute de facto zu einer Pflegeversicherung geworden sind, drängt sich ein Systemwechsel auf, um Fehlanreize zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass sich eigenverantwortliches Sparen für die eigene Alterspflege lohnt. Mit der Schaffung eines fakultativen, steuerbefreiten und vererbbaaren Pflegekontos wären die angesparten Mittel im Pflegefall dann für alle Leistungen einsetzbar (Spitex, Tagesstrukturen, Pflegeheim usw.). Die

Entlastung der öffentlichen Hand führt zu Steuersenkungen und bremst das Kostenwachstum der EL. Ähnlich führt die Finanzierung über ein Pflegesparkonto zu einer Entlastung der Krankenkassenprämien.

Mit der möglichen Finanzierung aller Pflegeleistungen über das Pflegesparkonto werden zudem nicht nur Anreize für kostenbewusstes Handeln richtig gesetzt und wird die Wahlfreiheit der Patienten gestärkt, sondern auch der Wettbewerb zwischen den Einrichtungen wird gefördert. So werden bei den Leistungserbringern Anreize geschaffen, ihre Leistungen zu verbessern und günstige Angebote anzubieten.

In einer alternden Gesellschaft steigt der Bedarf nach Pflegepersonal, und ein Mangel ist zu befürchten. Deshalb muss das Pflegepersonal von unnötiger Bürokratie befreit werden, indem die Unterscheidung zwischen Betreuung und Pflege bei Abrechnungen entfällt.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Mehr qualitativer und quantitativer Wettbewerb im Spitalbereich dank Wahlfreiheit der Patienten

Text: Bei gleicher Qualität unterscheiden sich die Kosten zwischen den Spitälern erheblich. Patienten, die sich für ein günstiges Spital entscheiden, sollten dafür finanziell belohnt werden (Prämienrabatt, Aufhebung der Kostenbeteiligung, oder Ähnliches). Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vorzulegen, welche das Anbieten dieses neuen Versicherungsmodells ermöglicht.

Begründung: Die neue Spitalfinanzierung (eingeführt im Jahre 2012) erlaubt den Patientinnen und Patienten das Spital schweizweit grundsätzlich frei zu wählen, sofern es auf der Liste der Vertragsspitäler steht. Die Kosten im Spitalbereich unterscheiden sich innerhalb der – und zwischen den - Kantonen erheblich. Ohne echte finanzielle Anreize hat die neue Spitalfinanzierung kaum einen Einfluss auf den interkantonalen Patientenfluss gehabt.

Heute erhält ein Patient, der sich für ein günstiges Spital entscheidet, keine Entschädigung. Für ihn gibt es keinen Anreiz, sich in einem effizienteren Spital – aber von vergleichbarer Qualität – behandeln zu lassen. Würden PatientInnen, die günstigen Entscheidungen treffen, belohnt, könnten die (manchmal grossen) Preisunterschiede zwischen den Spitälern besser ausgenutzt werden. Dies würde den Wettbewerb antreiben und die Spitäler dazu anhalten, effizienter zu handeln. Bei der hochspezialisierten Medizin könnte die Qualität bspw. an den Fallzahlen gemessen werden.

Konkret würde der Patient, der sich für dieses Versicherungsmodell entscheidet, im Falle einer geplanten Operation von seinem Versicherer eine Liste der Tarife der Spitäler seiner Region bekommen, welche qualitativ ähnliche Leistungen anbieten. Auf dieser Grundlage und nach Rücksprache mit dem Hausarzt könnten sie frei darüber entscheiden, in welchem Spital sie sich operieren lassen wollen. Entscheidend wären dann nicht mehr nur die Nähe zum Wohnort, sondern auch ökonomische Vorteile.

4. Nahestehende Organisationen

4.1. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Doris Fiala, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Die FDP.Die Liberalen Frauen dürfen auf ein spannendes und erfolgreiches Jahr 2018 zurückblicken. Auf nachfolgende Themen schauen wir besonders gerne zurück.

4.1.1. Wahl von Karin Keller-Sutter als neue Bundesrätin

Am 25. September 2018 gab Bundesrat Johann Schneider-Ammann seinen Rücktritt bekannt. Die Frauen verdanken ihm viel, hat er doch explizit im direkten Austausch mit Kaderfrauen aller Gebiete seine Offenheit für Frauenförderung immer wieder dokumentiert. Die Wahl von Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter am 5. Dezember 2018 als freisinnige Nachfolgerin von Johann Schneider-Ammann ist zweifelsfrei einer der erfreulichsten Momente des vergangenen Jahres - 30 Jahre nach Elisabeth Kopp ist die glanzvolle Wahl im ersten Wahlgang als Highlight für die Frauen der ganzen Schweiz gefeiert worden. Karin Keller-Sutter bringt alles mit, was es für dieses hohe und anspruchsvolle Amt braucht: Politische Erfahrung auf allen Ebenen, insbesondere auch Exekutiverfahrung als Regierungsrätin, fundierte Fachkenntnisse in verschiedensten Themenbereichen der Bundespolitik sowie Sprachkompetenz. Als Frau der Wirtschaft ist sie zudem mit verschiedensten Herausforderungen bestens vertraut. Sie wird für viele Frauen und Mädchen Vorbild sein. Es erfüllt nicht nur uns freisinnige Frauen mit Stolz, dass Karin Keller-Sutter als glaubwürdiges und aktives Vorbild in Sachen Gleichstellung wahrgenommen wird. Wir gratulieren Karin Keller-Sutter von Herzen zu ihrer Wahl und wünschen ihr für das anspruchsvolle Regierungsamt viel Kraft und Erfolg sowie den Mut und den Willen, unsere Schweiz in freisinnigem Sinne mitzugestalten.

Public Viewing der Bundesratswahl 2018

Ebenfalls grosse Freude bereitete den Frauen die Wahl von CVP-Nationalrätin Viola Amherd. Dank der Wahl der beiden Frauen weist die Schweiz nun erneut eine angemessene Anzahl Frauen im Bundesrat als Vertretung der Gesamtbevölkerung auf. Zur Stärkung der Solidarität der Frauennetzwerke sowie zum gemeinsamen Erlebnis dieses historischen Events der Wahl zweier Bundesrätinnen verfolgten wir zusammen mit den CVP-Frauen unter der Leitung von Frauenpräsidentin Babette Sigg und den BPW Business Professional Women sowie zahlreichen weiteren begeisterten Frauen gemeinsam die Wahlen inmitten der Bundeshauptstadt.

4.1.2. Unternehmerinnen-Nachessen mit Johann Schneider-Ammann

Als weiteres Highlight des vergangenen Jahres gilt das schon fast traditionell alljährlich stattfindende Treffen zwischen liberalen Unternehmerinnen und dem Wirtschaftsminister. Auf Einladung von unserem sehr geschätzten Alt-Bundesrat Johann Schneider Ammann sowie Nationalrätin und Präsidentin der FDP. Die Liberalen Frauen Schweiz, Doris Fiala, trafen sich ungefähr 30 Unternehmerinnen aus verschiedensten Branchen und Sektoren, um gemeinsam Ideen und Erfahrungen auszutauschen sowie ihre Bedürfnisse direkt beim Wirtschaftsminister zu deponieren, welcher für deren Anliegen stets ein offenes Ohr sowie ein hilfsbereites Herz zeigte. Die Vertreterinnen der FDP. Die Liberalen Frauen schätzen diesen konstruktiven Austausch sehr und freuen sich, zahlreiche Inspirationen daraus gewinnen sowie in zukünftigen Diskussionen einbringen zu können. An dieser Stelle danken wir unserem geschätzten Alt-Bundesrat herzlich für sein stetiges Engagement für die Anliegen von liberalen Unternehmerinnen sowie für sein Erkennen der Brisanz von Gleichstellungsthemen für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

4.1.3. Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen

Die Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen vom 21. April 2018 in Lausanne stand ganz im Zeichen des gesellschaftsliberalen Fortschritts und zugunsten der «Ehe für alle». Während am Vorabend die Hotelfachschule Lausanne zum anregenden Besuch einlud, begeisterte am Tag der Versammlung Bundesanwalt Michael Lauber mit einem bewegenden Eintrittsreferat sowie anschliessendem kontradiktorischen Podium zum

Thema der gleichgeschlechtlichen Ehen die Anwesenden. Diese sagten deutlich ja zur parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» und beauftragten im Anschluss ihre Präsidentin, Doris Fiala, den fortschrittlichen Geist in die Nationalrats- und Ständeratsfraktion zu tragen. Das gesetzte Zeichen wurde verstärkt durch die Anwesenheit von Nationalrätin und Parteipräsidentin der FDP. Die Liberalen Schweiz, Petra Gössi.

Herzliche Verabschiedung und Neubeginn

Nach langjährigem Engagement als Geschäftsleitungsmitglied, Vize-Präsidentin und Generalsekretärin entschied sich Irène Thalmann nach 18 Jahren aktivem Engagement für die FDP. Die Liberalen Frauen dazu, ihr Wissen und ihre Energie nun in erhöhtem Pensum als Geschäftsführerin der Pro Juventute Kanton Schwyz einzubringen. Mit ihrem langjährigen Engagement hat sie die FDP Frauen mitgeprägt und sich dafür eingesetzt, dass die FDP. Die Liberalen Frauen als nationale Speerspitze liberaler Gesellschaftspolitik wahrgenommen WURDEN. Die FDP. Die Liberalen Frauen bedankten sich im Rahmen der Generalversammlung mit Standing Ovation und grossem Applaus herzlich bei Irène für ihren jahrelangen Einsatz und wünschten ihr für die kommenden Herausforderungen nur das Beste.

Wie bei jedem Abschied eröffnen sich auch Möglichkeiten für einen Neuanfang. Im Falle der FDP. Die Liberalen Frauen hat dies zu einem Systemwechsel auf dem Generalsekretariat geführt, welches nun neuerdings durch zwei Praktikanten unter der Leitung von Doris Fiala geführt wird. Die beiden ersten Praktikanten, welche sich der spannenden Herausforderung stellen, sind die Studenten Luis Tschümperlin und Chiara Lustenberger, welche je in einem 50% Pensum auf dem Generalsekretariat tätig sind. Mit ihnen hält ein frischer Wind Einzug und die FDP Frauen zeigten sich positiv und gespannt auf die kommende Zusammenarbeit.

Zahlreiche Sitzungen der Geschäftsleitung und der Parteipräsidentinnen, attraktive Themen und Events, der Aufbau der Frauenbasis in „gender-schwächeren“ Kantonen, aktive Kommunikation noch vermehrt auch digital trugen dazu bei, den Fragen rund um Themen spezifischer Frauenanliegen und fortschrittlicher FDP-Politik ein Gesicht zu geben und Gehör zu verschaffen.

4.2. FDP.Die Liberalen Service Public

Daniel Seiler, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

4.2.1. Veranstaltungen 2018

Das Jahr 2018 zeichnete sich insbesondere durch zahlreiche hochkarätige Anlässe aus. Die Highlights waren dabei besonders der spannende Vortrag von Staatssekretärin Pascale Baeriswyl, sowie der grossartige Auftritt des neuen FDP Bundesrates, Ignazio Cassis.

Staatssekretärin Baeriswyl hat uns in die spannende Welt der Diplomatie eingeführt und uns an Ihrer Erfahrung mit Ländern wie z.B. China teilhaben lassen. Bundesrat Cassis hat uns auf eine sehr persönliche und sympathische Weise von seinen ersten Monaten im Amt berichtet und konnte uns zahlreiche Themen aus einer Perspektive beleuchten, die vielen von uns vorher unbekannt war.

Beide Anlässe waren ausserordentlich gut besucht, auch von Mitgliedern der FDP Bern, der FDP International, der FDP Frauen, den Jungfreisinnigen und weiteren interessierten Personen. Bei Frau Baeriswyl waren über 50 Gäste anwesend, bei Bundesrat Cassis sogar mehr als 70 – es handelt sich somit um zwei der erfolgreichsten Ereignisse in der Geschichte unserer Vereinigung.

Mit Peter Fischer, Delegierter für die Informatiksteuerung des Bundes, konnten wir einen weiteren brillanten Gast begrüßen, welcher uns die Besonderheiten der Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung näherbrachte – auch hier waren wiederum über 30 Gäste anwesend.

Schliesslich konnten wir mit Martin Naville, Präsident der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, einen ganz besonders interessanten Referenten gewinnen, welcher uns die aktuellen Veränderungen in der US-Handelspolitik erläuterte und uns zudem sehr tiefe Einblicke in die US-Politik und das politische System der USA gewähren konnte.

4.2.2. Aus dem Vorstand

Das Vereinsjahr 2018 stand unter dem Zeichen der Konsolidierung, was mit dem Rücktritt unseres Präsidenten Beat Schlatter im März nicht ganz einfach war. Wir konnten dieses einschneidende Ereignis jedoch insofern positiv nutzen, als dass wir dadurch verschiedene Veränderungen schneller vorantreiben konnten. Dies hat beispielsweise zu neuen Mitgliedern im Vorstand geführt - wir sind froh mit Jasmina Felicijan (FDP Zollikon) und Thomas Herzog (FDP Bezirk Rheinfelden) zwei weitere, engagierte Vorstandmitglieder gefunden zu haben. Die Vorstandstätigkeit konnten wir flexibler gestalten, was auch der Mobilität der einzelnen Mitglieder entgegenkam. So bewährte sich für eine effiziente Sitzungsführung beispielsweise die Form der Telefonkonferenz. Auch wird für unsere Vorstandsarbeit nun ein digitales Tool eingesetzt, welches es uns erlaubt, gemeinsam zu kommunizieren, Dokumente auszutauschen und Anlässe zu planen – vom PC und vom Smartphone aus.

Unser herzlicher Dank geht an Beat Schlatter, welcher unsere Vereinigung in den vergangenen 12 Jahren stets mit viel Herzblut geführt hat. Es ist auch seinem persönlichen Engagement zu verdanken, dass unsere Vereinigung nun breiter bekannt ist und sich einer soliden Mitgliederbasis erfreuen kann.

4.2.3. Ausblick 2019

Das neue Vereinsjahr beginnt traditionellerweise mit dem Fraktionsapéro, für welchen wir dieses Mal Professor Karl-Heinz Paqué, Mitglied des FDP-Bundesvorstands Deutschland, gewinnen kommen – eine interessante Diskussion ist also gewiss! Weiter werden wir Markus Seiler, Generalsekretär des EDA, sowie Petra Gössi bei uns zu Referat, Diskussion und Apéro begrüßen – weitere spannende Anlässe und interessante Aktivitäten sind aktuell in Planung.

4.3. FDP International

Roger Kölbener, Präsident FDP.Die Liberalen International

4.3.1. Auslandschweizer

Die FDP International war vom 10.-12. August mit einem eigenen Stand und ihrem neuen Slogan „liberal und weltoffen“ am **96. Auslandschweizerkongress** in Visp präsent. Sie organisierte zudem, und als einzige internationale Sektion, einen eigenen Anlass, an welchem sich die Partei den Mitgliedern des Auslandschweizerrates (ASR) vorstellte. Das Angebot stiess auf reges Interesse und die Botschaft der FDP International, dass sich der Auslandschweizererrat und die ASO mehr um die Zusammenarbeit mit den Parteien bemühen sollen, fand Anklang und wurde auch in den Sitzungen des Rates aufgenommen. Sehr gut funktioniert auch die Zusammenarbeit mit den NR Laurent Wehrli (FDP VD und Vorstandsmitglied der ASO) und Isabelle Moret (FDP VD und Mitglied des ASR).

Im Wahljahr wird die FDP International neben ihrer Präsenz an den Anlässen der ASO auch verschiedene mediale Kanäle nutzen (insbesondere die in der Community beliebten Swiss Revue und Swissinfo), um die Auslandschweizer als Wählergruppe für die FDP zu begeistern und zu mobilisieren. Ihre Grundsatzstrategie fürs Wahljahr hat sie bereits im August 2018 den Kantonalparteien präsentiert.

4.3.2. Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

Der FDP International ist es 2018 gelungen, die Präsenz der FDP in den internationalen Organisationen sichtbar, konstant und unter Einbezug der Parteibasis zu stärken. Insbesondere in der ALDE wird die Schweizer Beteiligung für ihre mittlerweile konstante Präsenz und ihre konstruktive Teilnahme auch bei schwierigen Fragen sehr geschätzt.

ALDE: Die FDP International repräsentierte die FDP Schweiz sowohl an zwei ALDE Ratssitzung in Sofia (27.-28.04.2018) und in Brüssel (27.10.2018) als auch am Kongress in Madrid (08-10.11.2018). Dabei konnten wieder **sämtliche Stimmrechte wahrgenommen** werden (3 an der Ratssitzung und 14 am Kongress).

Für den **Kongress** in Madrid führte die FDP International wieder einen Aufruf an die Kantonalparteien durch, um freiwillige Delegierte zu rekrutieren. Die Teilnahme am Kongress ist ein Erlebnis mit der Möglichkeit sich in verschiedenen Bereichen (Trends in der Kampagnenführung, inhaltliche Diskussionen, Netzwerk) mit Gleichgesinnten aus ganz Europa auszutauschen. Dies stösst bei unseren Delegierten auf grossen Anklang, obwohl keine Spesenentschädigung angeboten werden kann.

Die FDP International erstellte auch dieses Jahr ein umfassendes Dossier für den Kongress, welches vorgängig dem Vorstand der FDP Schweiz zur Genehmigung der Abstimmungsparolen vorgelegt und anschliessend den Delegierten zur Verfügung gestellt wurde. Mit Blick auf die Wahlen des Europaparlaments im Mai 2019, welche die ALDE insbesondere an ihrem Kongress in Madrid beschäftigte, hat sich dabei ein guter und beidseitig anerkannter modus operandi für die FDP herausgebildet: Sie beteiligt sich an Diskussion über das Funktionieren, die Kultur und die inhaltliche Ausrichtung der europäischen Mutterpartei, enthält sich aber bei Fragen, welche die gemeinsame Kampagne unserer Schwesterparteien für die Wahlen des Parlaments der EU betreffen, an denen wir selbst nicht beteiligt sind.

Liberal International: Die FDP International repräsentierte die FDP am Executive Committee der LI in der Person von Beat Schlatter (22.-24. Juni in Berlin). Für den Kongress im Herbst in Dakar, Senegal, konnten jedoch keine Delegierten gefunden werden, welche die Reise auf eigene Kosten in ihrer Freizeit unternahmen. Seitens der Liberal International besteht Interesse, dass sich die FDP Schweiz zukünftig auch wieder mit einer Vertretung im Vorstand oder den Komites der Liberal International einbringt. Insbesondere eine Vertretung im Human Rights Committee kann mit einer geeigneten Kandidatur sehr wert- und sinnvoll sein und wird angestrebt.

4.3.3. Veranstaltungen und Kommunikation

Da die beiden grossen Hauptanlässe der FDP International, das Liberale Symposium und der Botschafterapéro, im Zweijahresrhythmus jeweils auf die ungeraden Jahre fallen, konnte sich die Sektion vermehrt auf interne Prozesse und den Aufbau der neuen Webseite konzentrieren. Sie wird zusammen mit unserem neuen Logo und dem Slogan „liberal und weltoffen“ insbesondere im Wahljahr für die Kommunikation mit einer global verstreuten Basis an Mitglieder und Interessenten eine Schlüsselrolle spielen. Zudem werden im Wahljahr auch die beiden

Hauptanlässe wieder durchgeführt. Mediale Sichtbarkeit erhielt die Sektion im Jahr 2018 insbesondere durch die Interventionen von François Baur („Die Volkswirtschaft“) und Roger Kölbener („Bündner Tagblatt“, „swissinfo“, „Tagesschau SRF“) zu verschiedenen Themata mit direktem Bezug zur Auslandschweizerthematik oder unseren Grundwerten.

4.3.4. Vorstand

An der Generalversammlung im August wurde Marco Weber für den zurückgetretenen Pierre Della Bianca neu in den Vorstand gewählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Roger Kölbener (Präsident), Helen Freiermuth (Vizepräsidentin, Auslandschweizer und Mitglieder), Florian Baccaunaud (Generalsekretär, Kommunikation) François Baur (ALDE), Bernard Baur (Finanzen), Peter Balsiger (Expats in der Schweiz), Marco Weber (Lib Drinks), Eric Roesch (USA, Digitalisierung), Samuel Lanz (Generalsekretär FDP Schweiz, ex officio) sowie Petra Studer (FDP Frauen) und Michel Tschank (Jungfreisinnige) als Beisitzer. Ende 2018 hatte die FDP International 155 Mitglieder und wächst damit wieder sichtbar und stetig.

Weiter wurden die Statuten dahingehend geändert, dass Neumitglieder nun mindestens eine der folgenden drei Bedingungen erfüllen müssen: a) eine Schweizer Nationalität b) einen Wohnort in der Schweiz oder c) Mitgliedschaft in einer Schwesterpartei aus LI oder ALDE. Dies wurde notwendig, da die Partei vermehrt auch Anfragen bekam, bei denen kein Bezug weder zur Schweiz noch zu den Aktivitäten der Partei erkennbar war. Die neue Regel soll den internationalen Charakter der Sektion erhalten, aber auch der Willkür vorgreifen. Die Erfahrungen damit sind durchwegs positiv.

5. Anhang – Annexe

5.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2018

Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2018

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/> <http://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, E-mail: info@fdp.ch

5.2. Anhang B – Annexe B

Parteivorstand mit Ressortzuteilung

Mitglieder per 31. Dezember 2018 – Membres le 31 décembre 2018

Präsidentin / Présidente:

- › Gössi Petra NZ (SZ): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Parteiführung

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea SR (AR): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Parteiführung
- › Lüscher Christian CN (GE): Wahl 2012, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Nantermod Philippe CN (VS): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Mitglieder
- › Vitta Christian Staatsrat (TI): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Internationales
- › Wasserfallen Christian NR (BE): Wahl 2012, Wiederwahl 2018, Ressort Kommunikation

Vorstand / Comité:

- › Walti Beat NR (ZH), ex-off Fraktionspräsident, Ressort Parteiführung
- › Hiltbold Hugues CN (GE): ex-off Vizepräsident der Fraktion, Ressort Parteiführung
- › Hefti Thomas SR (GL): ex-off Vizepräsident der Fraktion, Ressort Abstimmungen
- › Seiler Daniel ex-off FDP Service Public, Ressort Kommunikation
- › Fiala Doris ex-off FDP.Die Liberalen Frauen, Ressort Kommunikation
- › Silberschmidt Andri ex-off Jungfreisinnigen, Ressort Mitglieder
- › Dobler Marcel Beisitzer: Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Borloz Frédéric Beisitzer: Wahl 2018, Ressort Mitglieder
- › Burkart Thierry Beisitzer: Wahl 2018, Ressort Parteiführung
- › Scheuermeyer Christian Beisitzer: Wahl 2014, Wiederwahl 2018, Ressort Kommunikation
- › Schneeberger Daniela Beisitzerin: Wahl 2016: Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Waser Ruedi Beisitzer: Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Mitglieder

- | | | |
|---------|--------|---|
| › Wavre | Rolin | Beisitzer: Wahl 2014, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen |
| › Lanz | Samuel | ex off Generalsekretär, Ressort Parteiführung |

5.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2018 – Comité du Groupe le 31 décembre 2018

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe:

- | | | |
|---------|------|------------------|
| › Walti | Beat | Nationalrat (ZH) |
|---------|------|------------------|

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- | | | |
|------------|--------|------------------|
| › Hiltbold | Hugues | Nationalrat (GE) |
| › Hefti | Thomas | Ständerat (GL) |

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem:

- | | | |
|----------------|-----------|---------------------------------------|
| › Gössi | Petra | Nationalrätin (SZ), Parteipräsidentin |
| › Lüscher | Christian | Nationalrat (GE), Mitglied Büro NR |
| › Nantermod | Philippe | Nationalrat (VS), Mitglied Büro NR |
| › Wasserfallen | Christian | Nationalrat (BE), Mitglied Büro NR |
| › Burkhart | Thierry | Nationalrat (AG), Mitglied Büro NR |

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux:

- | | |
|--------------------|-----------|
| › Cassis | Ignazio |
| › Schneider-Ammann | Johann N. |

Partei ex.off / Parti ex.off:

- | | | |
|----------------|-----------|---|
| › Lanz | Samuel | Generalsekretär |
| › Mandl | Michael | Fraktionssekretär |
| › Stucki | Martin | Kommunikationschef |
| › Caroni | Andrea | Vizepräsident, Ständerat (AR) |
| › Lüscher | Christian | Vizepräsident, Conseiller national (GE) |
| › Nantermod | Philippe | Vizepräsident, Conseiller national (VS) |
| › Vitta | Christian | Vizepräsident, Staatsrat (TI) |
| › Wasserfallen | Christian | Vizepräsident, Nationalrat (BE) |

5.4. Anhang D – Annexe D

Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2018 – le 31 décembre 2018)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Samuel Lanz
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
lanz@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35
www.fdp.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen / Présidente Femmes PLR

Doris Fiala
FDP Frauen Neuengasse 20, 3001 Bern
info@fdp-frauen.ch
www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Daniel Seiler
FDP Service Public, 3000 Bern
daniel.seiler@mac.com
www.fdp-servicepublic.ch

Präsident FDP.Die Liberalen International / Président PLR International

Roger Kölbener
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
koelbener@fdp-international.com